

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 09.12.2008
Sitzung Nummer:	27 (JHA 27)
Sitzungsdauer:	18:30 - 20:30 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Petra Hoffmann
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Frau Petra Hoffmann

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dorena Berlin

Herr Horst Janas

Herr Ewald Kittner

Frau Brigitte Klemm

Herr Klaus-Dieter Pieper

Frau Birgit Schleinig

Frau Bärbel Voigt

beratende Mitglieder

Frau Heidemarie Henning

Frau Kathrin Müller

Frau Anneliese Raup

Frau Carola Schulz

Herr Carsten Wulfänger

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

Gäste

Herr Marco Hertzfeld

Herr Dirk Michaelis

Herr Holger Thiel

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Ullrich Börnge

Herr Marcus Graubner

beratende Mitglieder

Herr Manfred Hauschulz

Herr Bernd Jonschkowski

Herr Rainer Mählenhoff

Frau Rabea Reinhold

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung vom 11.11.2008
 - 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434
 - 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 443
 - 6 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Personalkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 464
 - 7 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Betriebs-, Sach- und Honorarkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 465
 - 8 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 466
 - 9 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 467
 - 10 Zuwendungsverträge in der Jugendarbeit
Vorlage: 468
 - 11 Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal
Vorlage: 470
 - 12 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Hoffmann eröffnet die Sitzung um 18.33 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Hoffmann stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 26. Sitzung vom 11.11.2008

Frau Hoffmann stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 26. Sitzung vom 11.11.08 fest.

zu TOP 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des

Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434

Herr Michaelis erläutert die DS 434 und macht Ausführungen zu den eingearbeiteten Stellungnahmen der Fachämter, insbesondere auch der des Jugendamtes.

Hinweis: Bis hier: Ausfall der Aufzeichnungskassette, ab hier weiter mit Aufzeichnung des Sitzungsfortganges.

.....absolut wichtig, solche Orte wie z. B. Arneburg, die ja immer eine besondere Stellung noch hatten, auch wegen der Industriegebiete usw., da hatten wir uns Zuwachs erhofft. Meine Frage: Würde jetzt Arneburg wegen der geringen Einwohnerzahl und des Umkreises in jedem Fall rausfallen?

Herr Michaelis antwortet: Es gibt zwei Studien, die schon auch zu diesem Thema etwas weiter gefasst von der Regionalen Planungsgemeinschaft in Auftrag gegeben wurde, diese Daseinsvorsorge-Studie, die letztes Jahr in einer Regionalkonferenz vorgestellt wurde und auch das Land hat für die Region Altmark und Jerichower Land so etwas mit einer Studie untersuchen lassen und dort ist es in der Tat so, da macht man hinter Arneburg die großen Fragezeichen. 3000 Einwohner sagt das Land als untere Schwelle für ein Grundzentrum. Es gibt von der Akademie für Raumordnung und Landesplanung Hannover auch ein entsprechendes Papier. Dort sagt man in den ländlichen Räumen sollte man die Werte anders ansetzen, man spricht von 2000 Einwohnern im eigentlichen zentralen Ort und von 7000 Einwohnern im Verflechtungsbereich. Das scheint die untere Schwelle zu sein. Zu Arneburg ist noch was ganz Tolles zu sagen. Hier sieht man auf Seite 1, also Arneburg landet 2025 auch beim Einwohnerverlust von knapp 38 %, hängt jetzt irgendwo bei 1.200 Einwohnern. Aber die sogenannte Arbeitsmarktzentralität für die zentralen Orte des Landkreises Stendal habe ich mal ermittelt. Das ist nichts weiter als Einpendler gegen Auspendler und ein Quotient. Man will es nicht glauben, Herr Schmotz ist nicht der Spitzenreiter – Arneburg ist es mit 2,29 zur Stadt Stendal mit 1,79. Man sieht die Dominanz und Ausstrahlung des ehemaligen Kernkraftwerksstandortes. Es hat nicht gereicht, dass der Ort Arneburg selbst einwohnermäßig wächst. Man hatte sich etwas erhofft und es wäre interessant, wo all die Arbeitnehmer herkommen. Immerhin verarbeite ich bei weiteren Zusammenarbeiten mit der Landesplanung, dass man mal auf diese Besonderheit hinweist.

Es gab mal einen Versuch aus der Region, einen Sonderstatus zu erwirken – da gab es die ganz klare Abfuhr. Aber man sollte auf jeden Fall die Arbeitsmarktzentralität von Arneburg gegenüber dem Land erwähnen. Wir haben nun mal Besonderheiten. Wir hatten auch mal versucht, in der Regionalplanung die weitere Abstufung (Grundzentrum, Nebenzentrum, Unterzentrum), auch da gab es die klare Ansage vom Land: Gibt es nicht. Ich denke, wir sollten zumindest für die regionale Ebene weitere Unterteilungen vornehmen. Zentraler Ort heißt Bedeutungsüberschuss. Und gerade in Arneburg bei der Arbeitsmarktzentralität – da steckt etwas dahinter.

Frau Voigt fragt nach der IBA in der Stadt Stendal. Das Thema ist ja auf uns zugeschnitten. Wir wirken ja in Stendal mit und da gibt es ja auch spezielle Aufträge. Wie weit kann man jetzt Erkenntnisse bzw. die Arbeit, die dort bisher schon geleistet wurde, hier mit einfließen lassen?

Herr Michaelis antwortet auf die Frage. Ich persönlich bin traurig, dass wir in der ganzen Zeit, wo die IBA in der Altmark läuft, wir noch nichts groß geschafft haben. Das Thema heißt ja „Zentraler Ort im ländlichen Raum“, angehängt an der Stadt Stendal, Bewerber ist das Städtenez. Ich selbst bin in der IBA als sogenannter Akteur erst seit 18 Monaten und habe gesehen, dass es sehr heikle Themen waren, die man als gesamte Altmark angefasst hat. Es ging auch um die künftigen Schulstandorte, um den ÖPNV, es gab sehr kontroverse Diskussionen, und so ist das Ganze erst mal kollabiert. Es gab verschiedene Ansätze, es immer wieder neu zu beleben und die letzte Evaluierung war erst im Oktober. Man hat einen letzten verzweiferten Anlauf unternommen in einer Teilregion der Altmark. Herr Schmotz hat das sogenannte Städtedreieck Stendal – Tangermünde – Arneburg vorgeschlagen. Es soll jetzt in vier Arbeitsgruppen tiefgründig beleuchtet werden, um alle Themen mit hoffentlich tragfähigen Ergebnissen zu beleuchten. Es sollten europäische Strukturfördermittel locker gemacht werden. Es ist einfach nicht gelungen, man hat nicht an einem gemeinsamen Strang gezogen. Es gibt jetzt noch verschiedene thematische Ansätze, die neue Form der Kooperation Grundzentren - Daseinsvorsorge – Kulturlandschaft – nachhaltige Ortsentwicklung. Die Stadt Stendal macht den Bildungsstandort u. a. auch Stärkung des Mittelzentrums – wir versuchen es noch. Mit einem intensiven Rhythmus versuchen wir es bis zum ersten Halbjahr 2009, die Themen zu beleuchten. Es ist die letzte Chance. Wir haben die Chance gehabt, mit internationalem Fachpublikum unsere Probleme zu diskutieren und einer Lösung zuzuführen – wir haben es nicht geschafft. In einer Eva-

luation 2006 wurde es von den verantwortlichen IBA-Akteuren auch sehr kritisch hinsichtlich der Beteiligung der Landkreise bewertet.

Frau Müller geht davon aus, dass der Landesentwicklungsplan letztlich auch dazu dienen wird, Förderungen zu steuern. Ich habe aus der gesamten sozialen Sicht meine Bedenken. Dass man auf die demografische Entwicklung reagieren muss, ist logisch. Und dass man auch versucht, unter ökonomischen Gesichtspunkten zu kanalisieren und zu strukturieren, ist auch in Ordnung. Aber ich habe ganz ernsthafte Bedenken, dass es gelingt, die Besonderheiten, die der Landkreis Stendal hat, auch tatsächlich so klar zu machen, dass man daraus auch entsprechende Schlussfolgerungen zieht und wir nicht hinten runterfallen. Wenn man verschiedene Förderbereiche, insbesondere dort, wo EU- und Landesmittel hinfließen, beguckt, spielt das Stichwort Demografiecheck immer eine Oberrolle. Wenn es uns hier nicht gelingt, den Finger immer wieder in die Wunde zu legen, aber wenn ich gleichzeitig konträre Bedingungen schaffe, dann regelt sich das Problem von allein. Wenn ich alles nur zentral vorhalte an den grundlegenden Daseinsvorsorgenden Einrichtungen, dann werde ich den Prozess, dass die Dörfer leerer werden, noch viel schneller erleben. Ich glaube, wir haben alle noch keine wirkliche Vorstellung und Ahnung davon, was das letztlich auch konkret für die Aufgabenerfüllung des Landkreises in den unterschiedlichsten Bereichen bedeuten wird.

Herr Michaelis hat sich intensiv mit den Zahlen beschäftigt. Es ist aber ein finanzielles Problem, gerade die öffentliche Daseinsvorsorge hängt mit Fördermitteln zusammen. Dazu kommt der Futterneid (Milliardengrab Ost, guckt mal, wo die Fördermittel geblieben sind – in den Sand gesetzt und, und, und). Aus diesem ganzen Spannungsfeld knappes Geld – schrumpfende Bevölkerung sagen viele Fachleute, lieber mit Steuermitteln absiedeln und dann die Region der Natur überlassen. Aber mit diesem Grundsatz der dezentralen Konzentration und der gewollten Bündelung ist in Sachsen Anhalt zu befürchten, dass die Versorgung der Bevölkerung langfristig nicht sichergestellt werden kann.

Man versucht jetzt mit dieser Kraftanstrengung, Siedlungskerne vorrangig zu stärken. Es gehen Fördermittel in die zentralen Orte. Eine gute Regionalentwicklung läuft immer über eine gute Stadtentwicklung. Lt. Ministerium soll es kein bewusstes Ausbluten geben.

Herr Kittner? denkt, dass das ganze noch eine besondere Brisanz hat, wenn dieser Landesentwicklungsplan relativ jungen und gut qualifizierten Leuten bewusst wird. Dann treibt es eigentlich die Leute, die jetzt noch hier sind, weg. In den zurückliegenden Jahren hat es so ein Phänomen in den alten Bundesländern mal gegeben (Zonenrandgebiete hat man es genannt), da hat man gefördert. Jetzt gräbt man so ein ähnliches Modell wieder irgendwo aus.

Herr Michalis sieht das so ähnlich auch in den Region-Entwicklungs-Aufgaben. Durch diese Ausdünnung, die in der Fläche passiert, kriegen wir auch eine sehr kostenintensive Siedlungslandschaft, die nicht nur den Staat, sondern auch uns als Bürger belastet. Die ganze stadttechnische Infrastruktur wird ja zu 90 % von Fixkosten bestimmt. Das Schlimme ist, die müssen auch noch dem künftigen Bedarf angepasst werden. Das verschlingt Unsummen von Geldern, die auf die dort Lebenden umverteilt werden. Halbierung der Bevölkerung bewirkt eine Verdoppelung der Betriebskosten. Die Stadt Stendal ist im Umbau (wir reißen Süd ab), auch Osterburg und Havelberg. Man sieht auch in der Region entsprechende Effekte und wir wissen auch, die Arbeitnehmer in Deutschland werden langsam knapp. Die Metropolen machen sich jetzt schon stark, diesen Fachkräftemangel zu decken.

Für Frau Voigt ist das beste Beispiel, dass der Flächenfaktor abgeschafft wurde. Das ist ein ganz eindeutiges Signal, dass ich das nicht glauben kann, was die Landesregierung hier ausspricht. Wir haben früher, da wir ein sehr großer Landkreis sind, aus dem Finanzausgleichsgesetz Geldströme bekommen zur Infrastrukturaufrechterhaltung. Das ist abgeschafft worden. Wir müssen jetzt genau wie jeder andere Landkreis, der das vier- bis fünf-fache der Bevölkerung hat, alles selber tragen. Das zeigt mir, dass diese Entwicklung, die uns hier vorgegaukelt wird, in Wirklichkeit schon vorgenommen wurde, indem man das schon abgeschafft hat.

Herr Michaelis hatte vorhin schon den Finger in der Wunde. Auch zum Thema FAG gibt es X Fachleute, die sich dazu zukunftsorientiert äußern. Man kann diese Berge von Studien gar nicht mehr lesen. Wir sind gut beraten, wenn wir uns den Inhalt dieser Studie „reinziehen“ und denn da immer den Finger drauflegen: Es geht so nicht. Man spricht auch davon, die Finanzströme anders zu ordnen, also neue Bemessungsgrundsätze entwickeln. Es gibt genug Fachleute, die sagen: Diese Regionen können einfach nicht hinten runterfallen.

Frau Hoffmann bedankt sich bei Herrn Michaelis für seine Ausführungen, auch wenn hier düstere Prognosen aufgezeigt wurden. Lieber gesehen und handeln können als ins Blaue reinlaufen.

Herr Michaelis stellt noch eine formale Frage: Die ganzen Diskussionsergebnisse aus den Ausschüssen, da gibt es ein Ergänzungsblatt, das erarbeite ich gerade gleitend zu jedem Ausschuss, also Anregungen und Bedenken und wie gehen wir damit um? Hier waren jetzt Diskussionen zu

- Arneburg
- zentrale Orte
- IBA
- Abwanderung Jugendlicher
- FAG

das hatte ich als Extrakt. Wie wollen wir damit umgehen? War das jetzt eine Diskussion oder waren das Anregungen für die zukünftige Arbeit? Eigentlich haben wir es in der Diskussion geklärt. Inwiefern sollte unter diesen Aspekten unsere Stellungnahme noch ergänzt werden oder ist das so in Ordnung? Ich würde es so in die Ergänzungsvorlage aufnehmen, damit jeder Kreistagsabgeordnete sieht, was da diskutiert wurde.

Frau Voigt meint, dass es fachlich eingefügt werden soll in die entsprechenden Kapitel.

Herr Michaelis erklärt, dass man im ersten Ausschuss mit unsere Formulierung nicht so ganz zufrieden war. Es sollte noch deutlicher rüberkommen. Jetzt sieht man schon ganz konkrete Ansätze.

Frau Hoffmann meint, wenn es schon drin ist, muss es nicht noch weiter ergänzt werden. Für mich war das, speziell auf das Jugendamt gerichtet, deutlich.

Herr Michaelis hat auch das Gefühl, was diesen Ausschuss betrifft, das Jugendamt hat den Blick auch außerhalb der zentralen Orte geöffnet. Weitergehende Hinweise für die Stellungnahme hatten sich hier jetzt nicht ergeben, aber es taucht alles in dem Ergänzungsblatt auf, was Sie alle noch bekommen.

Frau Hoffmann lässt über die Beschlussvorlage 434 abstimmen. Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 443

Herr Wulfänger gibt den großen Überblick und Frau Müller geht dann ins Detail. Der Haushalt war in diesem Jahr schon öfter ein Thema und letztendlich war die Freigabe vom Landesverwaltungsamt erst Ende September, Anfang Oktober für den diesjährigen Haushalt. Die größten Probleme sind im Jugendamtsbereich gewesen. Das uns dieses nicht wieder passiert, dafür wollen wir Sorge tragen und deshalb wurde mit dem Haushalt diesmal früher angefangen. Der letzte Plan beinhaltet ja auch ein Haushaltskonsolidierungskonzept, und dieses Haushaltskonsolidierungskonzept hat zwei wesentliche Rahmenbedingungen. Erstens: Der Landkreis muss seinen Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2016 schaffen und es wurden für die einzelnen Jahre auch die geplanten Defizite festgeschrieben. Für das Jahr 2009 wurde ein Defizit von 2,1 Mio. Euro avisiert. Dieses Defizit werden wir für's nächste Jahr nach derzeitiger Entwurfslage von dem Plan nicht halten, d. h. der Landkreis plan momentan mit einem Defizit von 3,1 Mio. Euro. Grund für die Erhöhung des Defizits sind einerseits in Kassenkreditkosten zu suchen, ein Teil auch in der Jugendhilfe, bei Elternbeiträgen, aber es sind alles nicht so spektakuläre Beträge. Das was den Haushalt wirklich belastet, was auch im Sommer d. J. so nicht bekannt war, ist die Absenkung der Bundeszuweisung für Kosten der Unterkunft. Da hat der Landkreis in diesem Jahr 28,6 % bekommen und bekommt im nächsten Jahr 25,4 %. Das macht für den Landkreis Stendal Mindereinnahmen von ca. 1,2 Mio. Euro aus. Die sind so mit Einsparmaßnahmen oder mit Mehreinnahmen im Haushalt nicht zu decken. Wir haben Mehreinnahmen, u. a. nach dem FAG; letztendlich bekommt der Landkreis auch im nächsten Jahr 228.000 Euro mehr aus dem FAG. Außerdem haben wir fürs Fachkräfteprogramm noch Mehreinnahmen drin. Diese decken aber letztendlich nicht den Einnahmeausfall aus Kosten der Unterkunft.

Der Hebesatz von der Kreisumlage, welcher auch jedes Jahr immer heiß diskutiert wurde bzw. wird, ist in diesem Jahr mit 50,1 % einer der höchsten in Sachsen-Anhalt. In den nächsten Jahren soll er bei 48,1 % festgeschrieben werden und so ist auch die Haushaltskonsolidierung mit den 48,1 % ausgelegt.

Die Gesamtverschuldung des Landkreises, wenn man jetzt die Kreditaufnahme aus den Vermögenshaushalten der letzten Jahre nimmt, beträgt 67,5 Mio. Euro, das sind 521 Euro je Einwohner, geringfügig über dem Landesdurchschnitt liegend, wird jedes Jahr getilgt mit ca. 1,2 Mio. Euro. Darüber hinaus gibt es das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt, was sich in der Summe so bei 40 Mio. Euro aus den letzten Jahren heraus bewegt. Dieses Defizit soll bis 2016 ausgeglichen werden. Dieser Fakt ist auch für das nächste Jahr so geblieben, d. h. das Haushaltskonsolidierungskonzept muss ja fortgeschrieben werden und normalerweise kann man immer ein Jahr dranhängen. Aber wir lassen es bei 2016, weil wir es bis 2016 ausgleichen können. Vielleicht auch mit einem Stück mehr Sicherheit, als wir es vor ein bis zwei Jahren noch konnten. Wir haben auch bestimmte Einnahmen, die aus dem kommunalen Entschuldungsprogramm herrühren, bisher nicht berücksichtigt, weil wir dazu die Bedingungen noch nicht kennen. Das Land beabsichtigt, die Kommunen und Landkreise mit insgesamt 500 Mio. Euro im Zeitraum 2010 – 2014 zu entlasten. Dazu hat es bisher noch keine näheren Festlegungen gegeben, nach welchen Regelungen u. a. der Landkreis Stendal partizipieren kann.

Zum Stellenplan: Insgesamt gibt es eine Stellenreduzierung von ca. 12 über alle Ämter, wobei im Jugendamt mit keiner Stellenreduzierung zu rechnen ist.

Der Vermögenshaushalt ist ca. 16 Mio. Euro stark. Hauptausgaben werden dabei im Bereich der Schulen liegen, wie auch schon in den letzten Jahren so verabredet wurde. Wobei da bestimmte Unbekannte noch liegen für den Landkreis, weil bis jetzt noch kein Bescheid über bestimmte Förderungen für die Schulen in Havelberg und Osterburg (die beiden Schwerpunktschulen, die saniert werden sollen) bekannt ist. Da hofft man, dass man im ersten Quartal nächsten Jahres näheres weiß.

Die Frage der Genehmigungsfähigkeit kann heute noch nicht so beantwortet werden, dazu wird es noch in den nächsten Tagen Absprachen mit dem Landesverwaltungsamt geben. Ich denke, da wir die Bedingungen des letzten Haushalts auch erfüllt haben, dass dieser Haushalt auch genehmigungsfähig ist.

Frau Müller erklärt die Einzelheiten. Wie in den letzten Jahren habe ich auch für 2009 die Budget bezogene Zusammenfassung der Haushaltsansätze gemacht, weil wir im Laufe des Jahres auch Budget bezogen arbeiten, d. h. letztlich ist für mich im Rahmen der Beurteilung des Haushaltes entscheidend, das dem Jugendamt zugewiesene Budget hat einen Gesamtzuschussbedarf von 15.560.400 Euro, das sind 137.200 Euro weniger als im vergangenen Jahr. Wir haben die Möglichkeit, aufgrund der Möglichkeiten, die so ein Budget hergibt, Haushaltsstellen auch innerhalb des Budgets bedarfsgerecht, dort wo es möglich ist, auszutauschen. Wir haben unsere Unterbudgets in den vergangenen Jahren ja so strukturiert, dass sie in etwa der Systematik und der Logik des SGB VIII folgen, nämlich der erste Budgetbereich (Jugendarbeit und Sportförderung), Sie sehen, der Haushaltsansatz bei den Ausgaben beträgt 971.400 Euro, da sind aber 200.000 Euro Sportförderung drin. D. h. für die Jugendarbeit stehen dann insgesamt incl. Ausgaben für's Fachkräfteprogramm 771.400 Euro zur Verfügung. Die Aufteilung sehen Sie in den nachfolgenden Beschlussvorlagen.

Die Einnahmen beschränken sich hier auf 204.800 Euro, das sind im wesentlichen Zuweisungen aus dem Fachkräfteprogramm. Wo bleibt die zweckgebundene Zuweisung, die wir vom Land für die Jugendarbeit bekommen (früher Jugendpauschale)? Das finden Sie im Haushalt weiter hinten auf Seite 162. Da taucht die Mitfinanzierung Kinder- und Jugendhilfe, Jugendpauschale mit einer Gesamtsumme von 349.000 Euro auf. Das sind zweckgebundene Zuweisungen aus dem FAG. Die fließen in den Ausgabeposten 971.400 Euro wieder mit ein.

Das wäre also insgesamt ein Zuschussbedarf von 766.000 Euro für Jugendarbeit und Sport. Damit haben wir im wesentlichen gleiches Niveau mit den letzten Jahren.

Im Budgetbereich „Erziehungshilfen“ verbirgt sich naturgemäß immer der größte Etat, den wir ausgeben, mit einem Gesamtzuschussbedarf von 6,6 Mio. Euro. Wir haben noch 2006 einen Zuschussbedarf von 7,494 Mio. Euro gehabt. Wir haben nicht weniger Fälle, aber es ist uns trotzdem gelungen, den Mittelbedarf im Bereich der Erziehungshilfen mit geeigneten Maßnahmen abzusenken.

Der Budgetbereich „Individuelle Leistungen“, das ist der Bereich, wo wir vertragliche Verpflichtungen mit freien Trägern haben, die für uns Angebote der Erziehungshilfe vorhalten, z. B. die Erziehungsberatungsstelle oder die Anbieter, mit denen wir Verträge für die SPFH haben. Gegenüber 2008 geht der Mittelbedarf in 2009 leicht hoch. Das hat aber was mit Lohnentwicklung und Fahraufwendungen zu tun, daran kann ich nichts ändern.

Auch noch aus dem Bereich „Individuelle Leistungen“ die Elternbeiträge, das ist auch ein immer wiederkehrendes Thema, unsere notwendigen Aufwendungen für die Übernahme von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen sind in den letzten Jahren konstant nach oben gegangen. Das hat verschiedene Ursachen, was nicht alleine in der Fallzahl begründet ist, sondern natürlich auch in der Entwicklung der Elternbeiträge, die grundlegend in den Einrichtungen zu zahlen sind. Auch die sind gestiegen. Im Moment ist hier auch noch erkennbar, dass diese Nach-oben-Entwicklung sich umkehren könnte. Bleibt abzuwarten, wie sich das in den nächsten drei bis vier Jahren äußert. Irgendwann werden wir bestimmte demografische Folgen auch hier spüren. Im Moment sind dafür die Jahr ab 1990 relevant, wo es den großen Geburtenknick gegeben hat. Wir haben aber jetzt auf niedrigerem Niveau, aber relativ gleich seit ca. 10 Jahren, eine ziemlich gleichbleibende Anzahl an Geburten, die in der Folge im Moment auch dazu führen, dass wir nach wie vor eine sehr konstante Anzahl an Plätzen in Kitas, die belegt sind oder genutzt werden, haben. Wir merken die Folgen im Bereich der Jugendhilfe erst noch einige Jahre später, als es andere Bereiche jetzt schon tun.

Die Summe der Unterbudgets, wo Eltern oder Kinder einen Rechtsanspruch auf eine Einzelleistung haben, sind hier zusammengefasst und sie sehen einen Zuschussbedarf von 9,678 Mio. Euro, der im Vergleich zum Haushaltsansatz 2008 leicht nach unten geht.

Dann haben wir den Budgetbereich Kindertageseinrichtungen. Da haben wir auch keinen großen Einfluss auf den Kostenanteil, der durch den Landkreis zu tragen ist, ganz einfach aufgrund der momentanen rechtlichen Gegebenheiten, dass das KiFöG ja regelt, dass wir grundsätzlich 53 % der Landeszuweisungen als Eigenmittel gegensetzen müssen. Diese Mittel werden dann als Gesamtzweisung an die Träger der Kindertageseinrichtungen zum Zwecke des Betriebs dieser entsprechend weitergeleitet. Wir haben jetzt für die Planung 2009, weil uns noch kein konkreter Zuweisungsbetrag des Landes vorliegt, zunächst erst mal in der Größenordnung orientiert, in der wir uns 2008 befunden haben. Das kann noch mal schwanken.

Dann der Budgetbereich 04, im wesentlichen fast wie in diesem Jahr, bei den Einnahmen verbergen sich die Erstattungsleistungen des Altmarkkreises Salzwedel für den Betrieb der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle dahinter. In dem anderen kleinen Bereich sind noch verschiedene Sachkosten drin.

Zum letzten größeren Budgetbereich Unterhaltsvorschuss muss ich auch nicht mehr viel sagen, ist bundesgesetzlich durch das Unterhaltsvorschussgesetz geregelt. Die verbleibende Differenz in Höhe von 319.000 Euro ist genau die Differenz von Ausgabe zu Einnahme geteilt durch drei – nämlich der Anteil, den wir selber zu tragen haben seit 2005 aufgrund der landesrechtlichen Regelungen.

Das war die grobe Zusammenfassung. Ganz allgemein kann man sagen, der Haushaltsplan für den Bereich Jugendhilfe unterscheidet sich kaum von den Ansätzen, die wir in 2008 haben. Wir werden wahrscheinlich die Haushaltsansätze 2008 halten und demzufolge haben wir die Haushaltsansätze insbesondere in den Bereichen der Erziehungshilfen hauptsächlich daran orientiert, wie das voraussichtliche Rechnungsergebnis 2008 ausfallen wird. Ich denke, das ist eine seriöse und auch bewährte Vorgehensweise.

Stichwort Vermögenshaushalt: Wir haben, wie auch in den letzten zwei Jahren, keinen Vermögenshaushalt.

Frau Voigt möchte zu den Erziehungshilfen nachhaken. Wir bewegen uns nach unten, Kosten sind eingespart, aber wenn ich jetzt das Thema Kinderarmut sehe, ist für mich die Frage: Wenn wir in diesem Bereich mehr nach unten gehen, würde da nicht mit dem, was wir für die Zukunft vorhaben, wir planen jetzt für 2009, wir wollen in einigen Bereichen etwas zusätzliches leisten – können wir das dann?

Frau Müller kann die Frage relativ einfach beantworten. Es ist in den letzten Jahren gelungen, hier durchaus den Posten Bedarf abzusenken. Es ist eine tolle Arbeit, die die Kollegen geleistet haben. Aber das haben wir hinbekommen, ohne das irgendjemandem eine Leistung vorenthalten wurde. Die einzelfallbezogenen Hilfen werden bei uns immer noch am Bedarf orientiert geleistet. Was wir natürlich haben: Im ambulanten Bereich können wir viel flexibler agieren als vorher. Wir hatten die Möglichkeit, uns relativ unkompliziert die Maßnahmen oder Angebote zu schaffen oder kindbezogen zu kreieren, die wir kindbezogen brauchen. Wenn ich das nehmen muss,

was ich habe, dann wird es teuer. Bezogen auf den zweiten Teil der Frage – man kann sie so stellen, aber so nicht beantworten, weil die Thematik Kinderarmut ja mehr auf den präventiven Bereich abzielt. Die hohen Ausgaben entstehen ja deshalb, weil ein Hilfebedarf ja erst entstanden ist. Wenn man bedeutend mehr präventiv arbeiten würde, dass es bei manchen Eltern bzw. Kindern erst gar nicht dazu kommen würde, dass man teure Hilfen installieren muss, dann haben wir was gekonnt. Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Frau Hoffmann erklärt, dass Frau Voigt letztendlich das anspricht, was wir immer wieder im JHA angesprochen haben: Prävention würde wesentlich weniger Geld kosten. Da es aber leider die Mentalität gibt, sparsam zu wirtschaften – wir müssen sparsam sein. Z. B. war das Geld für die Schulsozialarbeiter war, nachdem das Programm ausgelaufen war, nicht mehr da. Jetzt ist es in Aussicht gestellt und es kommt seit einem halben Jahr nichts. Das Geld wird vom Land gespart. Dass uns da aber präventiv ganz viel verloren geht, dass sich da ganz viel Erziehungsbedarf entwickelt und auch anstaut, das wird nicht gesehen, muss dann aber teuer bezahlt werden.

Frau Müller sieht das Problem natürlich auch grundsätzlich bei solchen Diskussionen, wenn man über Prävention redet, dass man Prävention nicht sofort 2009 oder 2010 merkt, wir würden dann über Zeiträume von 10 – 15 Jahren reden. Dieses Wissen erschwert es, unter den momentanen Rahmenbedingungen, zu sagen, egal wie, wir investieren in die Zukunft. Ich kenne keine Kommune in Deutschland, die das so total durchgezogen hat.

Frau Voigt fragt Herrn Wulfänger noch mal zur Kreisumlage. Ist es schon gesichert, dass die obere Kommunalaufsicht dem zustimmt, dass wir bei 48,6 % die Kreisumlage ansiedeln?

Herr Wulfänger verneint dieses. Es sollen 48,1 % sein und so war es auch im Konsolidierungskonzept drin, welches im Sommer beschlossen wurde, und so soll es jetzt auch wieder beschlossen werden. Die Abstimmungen dazu laufen noch bis zum 18.12. Das Landesverwaltungsamt will auch gutwillig an die Prüfung herangehen.

Frau Voigt meint, wenn diese Zahl nicht durchginge, müsste alles noch mal neu überdacht werden.

Herr Wulfänger antwortet, man muss abwarten. Letztendlich wurde ja 2016 mit dem Konsolidierungskonzept ausgesagt, dass 2016 der Haushalt ausgeglichen ist mit den 48,1 %. Nun müssen wir mit dem Landesverwaltungsamt diskutieren, was wichtiger ist: Dass wir eine Million mehr ausgeben als Defizit oder die Kreisumlage erhöhen. Es nützt ja letztendlich niemandem, wenn wir die Kommunen durch eine höhere Kreisumlage handlungsunfähig machen. Auch Kommunen machen Jugendarbeit.

Frau Hoffmann: Wir haben immer betont, dass die Kommunen unsere Partner sind.

Sie lässt über die Beschlussvorlage 443 abstimmen. Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 6 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Personalkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 464**

Frau Hoffmann stellt fest, dass die Vorlagen zusammenhängen, bittet aber um einzelne Abarbeitung. Sie stellt die Beschlussvorlage vor.

Die Träger leisten gute Arbeit und die Kinder und Jugendlichen gehen gern dort hin. Die dort Beschäftigten geben sich sehr viel Mühe und stecken viel Zeit und Idealismus hinein.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 464 abstimmen. Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

einstimmig beschlossen

zu TOP 7 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Betriebs-, Sach- und Honorarkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2009

Vorlage: 465

Frau Hoffmann stellt die Beschlussvorlage vor und weist darauf hin, dass in der Anlage 1, Nr. 14, Jugendclub Nitzow, die Nähe zum Jugendclub Elb-Havel-Winkel in Havelberg gegeben ist und in Nitzow durch das mobile Projekt abgesichert wird. Das wäre die Begründung, dem Punkt 14 nicht zuzustimmen.

Frau Schulz fragt an, dass es von meinem Träger eine Änderung gab, die hier noch nicht mit eingearbeitet werden konnte, weil das zu dem Zeitpunkt schon rausgeschickt war. Es gab keine Änderung zur Zuwendung, sondern zu den Gesamtkosten.

Frau Voigt fragt an, ob andere Jugendclubs nichts beantragt haben. Es ist auffällig, dass es nur Gemeinden sind aus der Verwaltungsgemeinschaft Elb-Havel-Winkel.

Frau Müller antwortet, dass dies alle Anträge sind. Wenn Sie sich die alten Vorlagen ansehen, steht im Prinzip immer das selbe. Wir reden hier über Regelförderung von Strukturen. Es ist nichts Neues.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 465 abstimmen. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 8 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 466**

Frau Hoffmann stellt die Beschlussvorlage vor und lässt darüber abstimmen. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 467**

Frau Hoffmann stellt die Beschlussvorlage vor. Wir legen Wert darauf, dass im ganzen Landkreis auf der Fläche in hoher Qualität alle Kinder und Jugendlichen, soweit es möglich ist, erreicht werden können, nicht nur partiell in bestimmten Gebieten. Selbst wenn nur ein Träger ein Angebot macht, macht er es vielseitig.

Sie lässt über die Beschlussvorlage abstimmen. Die DS-Nr. 467 wird einstimmig angenommen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 10 Zuwendungsverträge in der Jugendarbeit
Vorlage: 468**

Frau Hoffmann stellt die Beschlussvorlage vor und erinnert daran, dass am Anfang dieses Haushaltsjahres Träger kein Geld bekommen haben für die Durchführung ihrer Arbeit. Wir haben gesagt, wir wollen diese Träger der Jugendhilfe finanziell absichern. Mit diesen Zuwendungsverträgen können wir das machen. Wir wollen feste und über die Jahre gewachsene Strukturen beibehalten und dieses auch absichern.

Herr Wulfänger erklärt, aus den Erfahrungen dieses Jahres heraus und weil bestimmte Förderungen freiwillig, aber eher doch eine Regelförderung geworden ist, wollen wir bestimmte Verträge abschließen. Wir machen jetzt aber zwei unterschiedliche Wege. Für Sport machen wir einen extra Vertrag mit dem Kreissportbund über 200.000 Euro. Diesen Vertrag geben wir aber direkt in den Kreistag zur Beschlussfassung. Die Dinge, die die

Jugendarbeit betreffen, da wollten wir nicht jeden einzelnen Vertrag durch den Kreistag bringen; der Kreistag soll einmal sagen, zu diesen unter Pkt. 1 – 4 aufgeführten Gebieten können Verträge abgeschlossen werden. Hier sind jetzt aber nicht die genauen Verträge aufgeschrieben. Der Landrat wird ermächtigt, Verträge abzuschließen, aber nicht er allein, sondern nachdem es im Jugendhilfeausschuss behandelt wurde.

Frau Müller wirft ein, ob das dann noch erforderlich ist, weil die grundlegende Beschlusslage für die Verträge haben wir ja hiermit schon.

Herr Wulfänger erklärt, dass diese Verfahrensweise den Kreistag entlastet und den Trägern Sicherheit gibt. Wir können aber nicht für alle Leistungen Verträge abschließen. Wir haben das hier in den letzten Sitzungen schon angedeutet, dass wir diesen Weg vorschlagen wollen. Daraufhin gab es auch Presseartikel, die in Magdeburg gelesen wurden; daraufhin haben wir gleich Briefe bekommen, was wir hier machen. Man muss hier klar sagen: Das Ganze basiert auf dem Haushaltskonsolidierungskonzept.

Frau Müller: Von dem, was hier jetzt beschlossen wurde, wird ein Teil der Träger wie bisher auch einen Bewilligungsbescheid bekommen und ein Teil der Träger dann Zuwendungsverträge.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 468 abstimmen. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 11 Arbeitsschwerpunkte zur Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal
Vorlage: 470

Frau Hoffmann stellt die DS-Nr. 470 vor. Es ist ein Rahmen und eine Richtlinie und eine Strategie. Wir wollen präventiv arbeiten, wir wollen allgemeine Unterstützungsangebote geben und es müssen grundsätzliche Dinge geklärt werden. Wir müssen uns bewusst sein, das Ganze kostet Geld.

Mein Standpunkt zur Prävention steht fest: Je mehr ich präventiv arbeite, je mehr ich Eltern bilde, Eltern dazu bringe, dass sie mit ihren Kindern etwas unternehmen, gehe ich gegen Kinderarmut vor und mache Eltern stark, so dass die starken Eltern ihre Kraft an die Kinder abgeben können und entsprechend kann ein Kind auch widrige Umstände im Haushalt überstehen. Es nützt nichts, in allgemeines Mitleid zu fallen, zu jammern, dass wir arme Kinder und arme Eltern haben. Man muss aktiv etwas dagegen tun. Aber es kann nicht nur auf den Schultern Ehrenamtlicher liegen. Das hieße aber auch, wenn man das effektiv betreiben will, muss man weiter denken, dann wäre es sinnvoll, wenn im Jugendamt jemand dieses machen könnte. Wenn es effektiv laufen soll, muss das jemand in die Hand nehmen und sich selbst ein Konzept entwickeln, dass er mit seinem Amt das auch austesten kann.

Herr Wulfänger stellt fest, dass der Auftrag hierzu vom Kreistag an den Jugendhilfeausschuss überwiesen wurde und die anderen Ausschüsse sollen daran beteiligt werden. Diese wurden beteiligt und es kamen unterschiedliche Reaktionen. Wir haben versucht, mit dieser Vorlage die Informationen, die aus den Ausschüssen kamen und das, was hier im letzten Jugendhilfeausschuss besprochen wurde, in eine Vorlage reinzubringen. Heute stellt sich die Frage, ob wir es richtig getroffen haben und ob wir die Vorlage so in den Kreistag geben sollen oder ob da noch Dinge verändert werden sollen.

Frau Raup ist der Meinung, erst mal anzufangen. Es wird sich zeigen, ob wir dann etwas verändern müssen. Wir haben ja alle noch keine Erfahrungen damit. Wir haben ein Jahr lang gebraucht, um das Papier fertigzustellen.

Herr Wulfänger teilt mit, dass die Kosten für das Babybegrüßungspaket zusätzlich aufgenommen wurden.

Herr Janas findet das Papier als Arbeitsschwerpunkte, die sicherlich irgendwo greifen könnten. Man muss erst mal abwarten, was sich entwickelt. Ich habe ein Problem mit dem Punkt Drei, Landes- und Bundesregierung wissen Bescheid, der Punkt müsste nicht draufstehen.

Frau Klemm meint, doch – gerade der Punkt muss dabei sein.

Herr Janas ist der Meinung, nicht in dieser Art und Weise, „... sollen aufgefordert werden“. Jeder von der Landtagsfraktion und jeder in der Bundesregierung hätte normalerweise schon etwas machen müssen. Die wissen doch, was unten los ist. Schauen wir, was dabei rauskommt.

Frau Hoffmann an Herrn Janas gerichtet: Wenn wir die Ursachen für die ganze Misere ändern wollen, dann muss das von der Landesregierung und von der Bundesregierung gemacht werden, und dann gehört das in das Papier.

Herr Janas meint, dann muss die Frage, bezogen auch auf den Entwicklungsplan, auch sein: Wie wird hier abgerechnet? Rechnen wir flächenmäßig ab, rechnen wir nach Einwohnern ab, wie sieht es aus hinsichtlich der ganzen Fragen der Entwicklungstendenzen, da muss man dann auch grundsätzlich sagen, wir müssen wesentlich mehr Druck machen. Ich bin skeptisch. Wir hier unten machen die Arbeit, und was oben ankommt wird wieder weggedrückt. Das ärgert mich daran. Die Resonanz hier unten ist in Ordnung. Ich habe erwartet, dass die Bundesregierung was macht, aber da passiert nichts.

Frau Schulz stellt fest, dass uns das aber bewusst war, als wir darüber diskutiert haben. Wir haben in der letzten Sitzung darüber diskutiert und wussten, in welchem kleinen Bereich wir als Landkreis uns bewegen können und ich finde es auch gut, dass diese Punkte jetzt hier mit drinstehen. Bestimmte Sachen können wir in diesem Rahmen einfach nicht machen. Da müssen wir die Möglichkeiten, die wir haben, ob Landtagsabgeordnete oder Bundestagsabgeordnete einfach in die Spur schicken. Das ist der Auftrag, den wir haben.

Herr Wulfänger bekräftigt das von Frau Schulz eben Gesagte. Dieser Punkt ist reingekommen aufgrund der Diskussion im letzten Jugendhilfeausschuss. Ob das von Erfolg gekrönt ist, wissen wir alle nicht.

Frau Henning findet es in Ordnung, dass die Vorlage zustande gekommen ist, und über ein ob und wenn und aber brauchen wir jetzt nicht mehr diskutieren. Es sollte jetzt losgehen.

Frau Hoffmann lässt über die Drucksache 470 abstimmen. Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 12 Anfragen und Hinweise

Es gibt keine Anfragen und Hinweise.

Frau Hoffmann beendet den öffentlichen Teil um 20.25 Uhr.